fester Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den Ländern des Weltfriedenslagers verbunden ist. Die Erfolge der Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik, die Erfolge ihres wirtschaftlichen Aufbaus, die Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur, die Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung, alles das wird die westdeutsdien Werktätigen davon überzeugen, daß es sich lohnt, für die Sache des Friedens, der Demokratie und der Einheit Deutschlands zu kämpfen, daß es höchste Zeit ist, die Militaristen aus ihren Machtpositionen in Westdeutschland zu vertreiben, damit das friedliche Zusammenleben der Völker Europas endlich Wirklichkeit wird. (Lebhafter Beifall.)

Was sind die nächsten Aufgaben auf dem Wege zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands?

Während die Bonner Regierung durch ihre EVG-Politik alles tut, um die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu verhindern, sind die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bemüht, alles zu tun, um beide Teile Deutschlands einander näherzubringen. Wir unterstützen nach wie vor die Vorschläge in der Regierungserklärung vom 25. November 1953 und im Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Berliner Außenministerkonferenz über die Entwicklung des innerdeutschen Handels, die Verständigung über Stärke und Ausrüstung der Polizeikräfte, die kulturelle Zusammenarbeit usw. Wir werden auch alles tun, damit der Vorschlag von Außenminister Genossen Molotow auf Schaffung einer Wirtschafts- und einer Kulturkommission aus Vertretern beider Teile Deutschlands verwirklicht wird.

Wir begrüßen den Vorschlag zahlreicher Friedensfreunde in Westdeutschland und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf Durchführung einer Volksbefragung über die Frage:

> Für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen - oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf fünfzig Jahre.

Diese Volksbefragung wird dazu beitragen, die friedliebende Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands einander näherzubringen und ihr gemeinsames Handeln zu fördern.